

Mexikos Wahlkampf im Schatten der Gewalt

Der PRI bereitet sich auf die Rückkehr vor – Die besten Vorschläge kommen von einem chancenlosen Kandidaten

Der telegene Favorit Enrique Peña Nieto bereitet in Mexiko die Rückkehr der einst allmächtigen Partei der Institutionalisierten Revolution in die Präsidentschaft vor. Alternativen zum System des Klientelismus haben keine Chance.

Matthias Knecht, Mexiko-Stadt

Glaubt man den Umfragen, zeichnet sich für die mexikanische Präsidentschaftswahl am 1. Juli ein klares Resultat ab. Haushoher Favorit unter den vier Kandidaten ist Enrique Peña Nieto vom Partido de la Revolución Institucional (PRI). Auf der Basis von Erhebungen der sieben führenden Meinungsforscher Mexikos kommt er derzeit auf einen Durchschnitt von 47 Prozent. So viel bringen seine beiden wichtigsten Kontrahenten nur zusammen auf. Josefina Vázquez Mota vom regierenden christlichdemokratischen Partido Acción Nacional (PAN) liegt bei 27 Prozent. Auf 24 Prozent kommt der linksgerichtete Andrés Manuel López Obrador. Nach mexikanischem Wahlrecht gewinnt der Kandidat mit den meisten Stimmen, auch wenn er nicht die absolute Mehrheit erzielt. Einen zweiten Wahlgang gibt es also nicht.

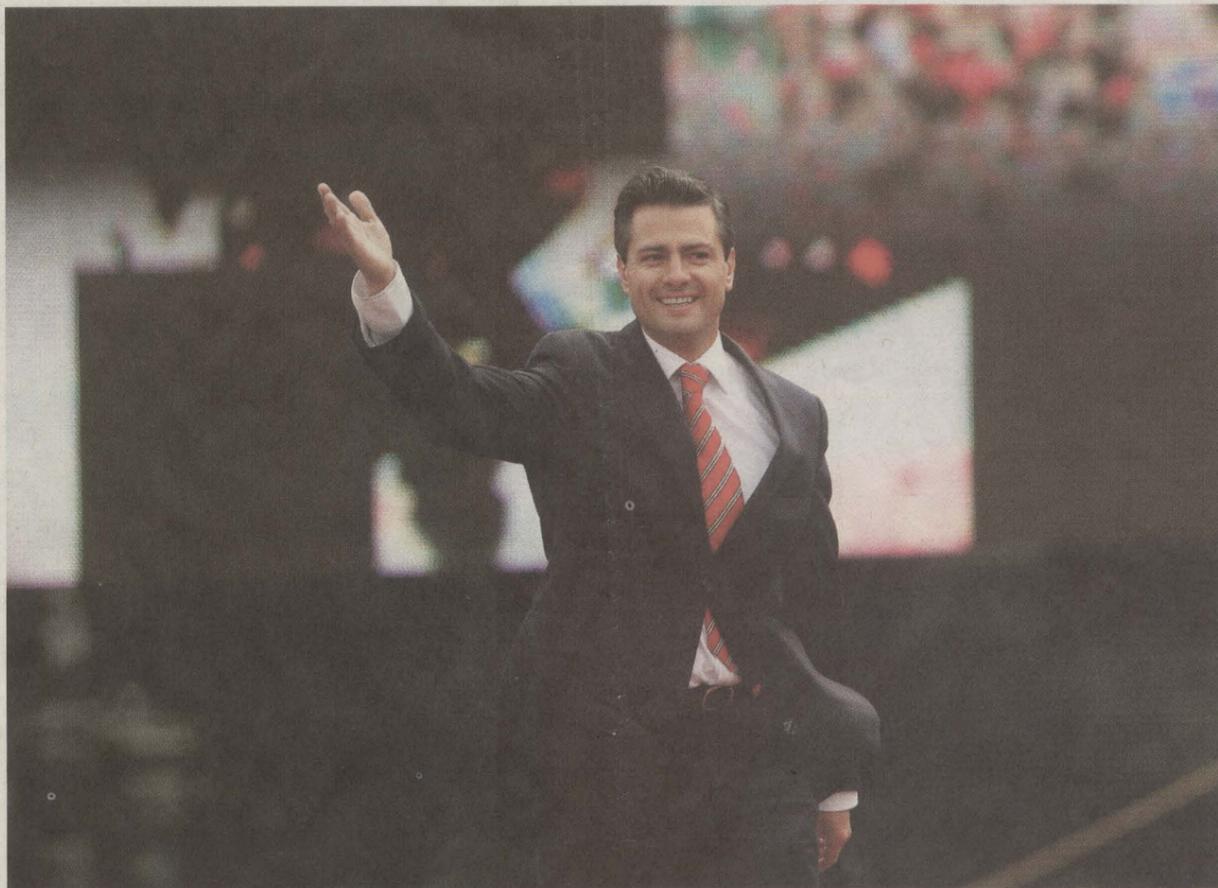
Beglaubigte Versprechen

Zentrale Themen sind die schwache Wirtschaft und die steigende Kriminalität. Wirtschaftswachstum und Reallohnentwicklung liegen weit unter dem lateinamerikanischen Durchschnitt. Die Folge sind zunehmende Armut und eine Explosion informeller Beschäftigung zulasten regulärer Jobs, was auf nicht gelöste Strukturprobleme hinweist. Verknüpft damit ist die Zunahme der Kriminalität. Schlagzeilen macht das militärische Vorgehen von Präsident Felipe Calderón gegen die Drogenkartelle, mit schätzungsweise 51 000 Todesopfern seit seinem Amtsantritt Ende 2006. Dieser Konflikt konzentriert sich auf begrenzte Gebiete entlang der Drogenrouten. Spürbarer im Alltag und bei den Wählern ist der landesweite Anstieg von Erpressungen und Entführungen, die epidemische Ausmasse erreichen.

Peña Nieto verspricht ein Potpourri von Massnahmen, wie es typisch ist für seine Partei, deren ideologische Ausrichtung sich nicht mehr definieren lässt. Die staatliche Sozialversicherung, zu der bis anhin nur 40 Prozent der 112 Millionen Mexikaner Zugang haben, will er auf 100 Prozent ausweiten. Die mit 12 Prozent extrem tiefe Steuerquote Mexikos will er durch eine Reform und die Einführung progressiver Steuersätze korrigieren. Und natürlich verspricht er mehr Arbeitsplätze, lässt aber offen, ob und wie er Mexikos Strukturprobleme anzugehen gedenkt. Stattdessen lässt er jedes seiner Wahlversprechen notariell beglaubigen, was im obrigkeitgläubigen Mexiko gut ankommt. Nach dieser Methode regierte Peña Nieto bis vor kurzem den bevölkerungsreichsten Gliedstaat México vor den Toren von Mexiko-Stadt, wo er nach eigenen Angaben mehr als 600 notarielle Versprechen erfüllte. Im laufenden Wahlkampf bemühte Peña Nieto bereits mehr als 60-mal den Notar.

Grosse mediale Präsenz

Der grosse Vorteil des 45-jährigen Anwalts ist seine enorme mediale Präsenz, die der den Markt dominierende Privatsender Televisa seit Jahren aufbaut. Dieser unterstützt traditionell den PRI. Der in zweiter Ehe mit dem Televisa-Serienstar Angélica Rivera verheiratete Peña Nieto ist zudem der am besten aussehende Politiker Mexikos – dies geht jedenfalls aus Meinungsumfragen hervor. Die Opposition karikiert ihn aus diesem Grund gerne als mediales Produkt von beschränktem Intellekt. In den jüngsten Fernsehauftritten demonstrierte er jedoch, dass er auch ohne Teleprompter und ohne seinen



Enrique Peña Nieto, der den PRI wieder an die Macht führen will, an einer Parteiveranstaltung letzten November. CARLOS JASSO / REUTERS

legendären Beraterstab politische Diskussionen zu führen vermag.

Peña Nietos Partei regierte Mexiko 71 Jahre lang und perfektionierte in dieser Zeit ein System des politischen Klientelismus. Im Jahr 2000 hatten Mexikos Wähler genug von Vetternwirtschaft, Korruption und der Plünderung des staatlichen Erdölmonopolisten Pemex durch PRI-Politiker. Mit Vicente Fox kam darum erstmals ein Präsident des PAN an die Macht. Weder ihm noch seinem Nachfolger Calderón gelang es aber, die Hoffnungen auf grundlegende wirtschaftliche und politische Reformen zu erfüllen. Vielmehr führten sie die Klientelpolitik fort. Mexiko blieb auf den hinteren Plätzen der Ranglisten über Korruption und Wettbewerbsfähigkeit. Währenddessen gewann das organisierte Verbrechen, historisch ein Erbe der PRI-Regierungen, an Macht.

Die aus der Sicht der Wähler enttäuschende Bilanz von zwölf Jahren PAN-Präsidenten ist eine Hypothek für die PAN-Kandidatin Vázquez Mota. Die 51-jährige Ökonomin verspricht eine wirtschaftsfreundliche, am Mittelstand

orientierte Wirtschaftspolitik und damit mehr Arbeitsplätze. Zudem spricht sie als erste weibliche Bewerberin für die Präsidentschaft gezielt Frauen und Familien an. Doch das wirkt wenig glaubwürdig. In ihren früheren Funktionen als Erziehungsministerin und später als Fraktionschefin blieb sie eine blasse Figur. Allein die Zusammensetzung ihres gegenwärtigen Wahlkampfteams lässt befürchten, dass sie dem auch unter dem PAN fortgeführten System der Vetternwirtschaft nichts entgegenzusetzen.

Die Rückkehr «Amlos»

Erneut um die Präsidentschaft bewirbt sich López Obrador, der bei den Wahlen von 2006 äusserst knapp, mit einem Rückstand von lediglich 0,56 Prozentpunkten, gegen Calderón unterlag. Unter dem nie bewiesenen Vorwurf des Wahlbetrugs blockierten seine Anhänger daraufhin wochenlang die zentrale Geschäftsstrasse von Mexiko-Stadt, die Reforma. Damit bestätigte López Obrador die schlimmsten Befürchtungen seiner Gegner, die ihn als demago-

gischen Messias karikiert hatten. Im laufenden Wahlkampf gibt sich der 58-jährige ehemalige Regierungschef von Mexiko-Stadt auffallend moderat. Gezielt wirbt er in der Wirtschaft um Sympathien. Das linke Spektrum versucht er indessen mit dem nicht näher definierten Entwurf eines wahrhaften Wandels und einer liebevollen Republik bei der Stange zu halten. Das brachte dem unter seinen Initialen «Amlo» bekannten Volkstribun den neuen Übernamen «Amlove» ein.

Kernthema López Obradors ist die Korruption, die er unter anderem mit einem neuen Ministerium für Ehrlichkeit angehen will. Die astronomischen Gehälter der Politiker in Mexiko will er drastisch kürzen und die Einsparungen für Sozialprogramme und höhere Mindestlöhne verwenden. López Obradors moralische Integrität ist dabei unbestritten. Er gehört zu den wenigen Politikern Mexikos, die einen bescheidenen Lebensstil pflegen und keinerlei verdächtige Geschäfte betreiben.

Eine überzeugende Analyse der Ursachen der Korruption lässt López Obrador allerdings vermissen. Stattdes-

Massaker treffen gezielt Unschuldige

maz. Mexikos Behörden führen die jüngste Serie von Massakern auf einen verschärften Konflikt zwischen den Drogenkartellen von Sinaloa und der Zetas zurück. In einer gemeinsamen Erklärung verurteilten Generalstaatsanwaltschaft und Innenministerium in Mexiko-Stadt die «irrationale Gewalt» der kriminellen Organisationen. Mexikos Regierung werde mit aller Entschiedenheit handeln, um die Taten aufzuklären.

Seit Anfang April kamen bei insgesamt sechs Massakern insgesamt 134 Personen um, wobei meist die Leichen verstümmelt an öffentlichen Strassen oder Plätzen hinterlassen wurden. Beunruhigend ist dabei die neue Tendenz der Drogenkartelle, gezielt Unschuldige zu exekutieren. Dies war der Fall bei den 18 Leichen, die letzte Woche in der Nähe von Guadalajara gefunden wurden. Sie waren zuvor willkürlich ausgewählt worden, allein mit dem zynischen Motiv, die Macht des organisierten Verbrechens zu demonstrieren.

Am Sonntag fand die Polizei in der Nähe von Monterrey die grausam zugerichteten Leichen von 49 Personen. Auch dieses Massaker hat vermutlich Leute getroffen, die keine Verbindungen mit einem Drogenkartell hatten. Die Behörden machen die Zetas dafür verantwortlich. Die Opfer wurden offenbar in anderen Regionen alleine zum Zweck

ihrer späteren, demonstrativen Ermordung entführt. Zu weiteren, ähnlich brutalen Morden kam es in den letzten Wochen in den Gliedstaaten Tamaulipas, Chihuahua, Veracruz, Michoacán und Guerrero. Hinzu kommt die Ermordung eines weiteren Journalisten. Am Sonntag fand die Polizei in Cuerna-



vaca, 80 Kilometer südlich von Mexiko-Stadt, die Leiche eines lokalen Journalisten, der auf Kriminalität spezialisiert war. Erst vor gut zwei Wochen waren im Teilstaat Veracruz vier Journalisten ermordet worden, was Proteste nationaler und internationaler Presseorganisationen ausgelöst hatte.

Laut einer jüngst veröffentlichten Studie des Kriminalitätsforschers Eduardo Guerrero stieg die Zahl der Morde in Mexiko im ersten Quartal 2012 um 16 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Das

macht die noch zu Jahresbeginn geäußerten Hoffnungen der Regierung zunichte, das Ausmass der Gewalt habe sich stabilisiert oder sei sogar leicht rückläufig. Die Gewalt der Drogenkartelle hat während der bisher mehr als fünf Jahre Regierungszeit von Präsident Felipe Calderón rund 51 000 Menschen das Leben gekostet. Die Zahl stützt sich auf die monatliche Statistik der Tageszeitung «Milenio». Die Regierung veröffentlicht dazu keine Statistiken mehr.

Ein direktes politisches Motiv für die neue Gewaltwelle gibt es offenbar nicht. Die Botschaften, die Mexikos Kartelle am Tatort zu hinterlassen pflegen, enthielten bisher keinen politischen Bezug. Gleichwohl besteht ein indirekter Zusammenhang: Calderón verstärkte in den letzten Monaten die Anstrengungen, den wichtigsten Drogenboss Mexikos, Joaquín Guzmán, den Chef des Sinaloa-Kartells, zu fassen. Der militärische Druck auf das organisierte Verbrechen ist mit derzeit 58 000 Soldaten deutlich gestiegen – und ebenso die Aggressivität, mit der die Verbrecherbanden reagieren. Experten sprechen bereits von «Zeichen der Verzweiflung» aufseiten Guzmáns. Dessen Verhaftung würde die Sicherheitsbilanz der Regierung Calderón auffrischen und damit die Erfolgchancen ihrer Kandidatin, Josefina Vázquez Mota.

sen pflegt er das angeblich neoliberale Wirtschaftsmodell Mexikos als Ursache allen Übels zu geisseln. Grösste Partei des Linksbündnisses hinter López Obrador ist der Partido de la Revolución Democrática (PRD), der wiederum in mehrere Strömungen zerfällt. In der von ihm seit 1997 regierten Hauptstadt präsentiert sich der PRD als moderne Linke, mit beachtlichen Fortschritten im Sozial-, Umwelt- und Verkehrsbereich. In den von ihm regierten Gliedstaaten setzte jedoch auch der PRD das System von Vetternwirtschaft und Klientelismus fort.

Erfrischend neue Ideen

Verblüffend ähnlich sind die Vorschläge aller drei bisher genannten Kandidaten zur Sicherheit. Konsens besteht darin, die Armee schrittweise in die Kasernen zurückzuholen und stattdessen die Bundespolizei auszubauen oder durch andere nationale Einheiten wie etwa eine Gendarmerie zu ersetzen. Eine grundlegende Revision von Mexikos Drogenkrieg ist damit nicht zu erwarten.

Keiner der Kandidaten habe erklärt, wie er Mexiko aus der Krise führen wolle, kritisierte der preisgekrönte Zeitungskommentator und Politikberater Renato Consuegra in Mexiko-Stadt. Jegliches Regierungsprogramm scheitere leider am herrschenden System der Korruption. Darum bedürfe es in erster Linie der Wiederherstellung der Politik als gesellschaftlicher Lösungsmechanismus. Eine solche Vision liessen die derzeitigen Präsidentschaftsanwärter jedoch vermissen.

Für Erfrischung in Mexikos Wahlkampf sorgt damit der wohl chancenlose vierte Kandidat, Gabriel Quadri. Der Liberale liegt laut Umfragen bei 2 Prozent, dürfte aber noch zulegen. Bei der ersten Fernsehdebatte am 6. Mai stieg er überhaupt erst zu nationaler Bekanntheit auf und avancierte prompt zum «trending topic» im sozialen Netzwerk Twitter. Der 57-jährige Ingenieur lieferte bisher als Einziger eine überzeugende Analyse von Mexikos Sicherheitsproblemen. Quadri verweist auf die faktisch nicht funktionierende Justiz, die im Durchschnitt nur zwei von hundert schweren Straftaten aufklärt. Im Kampf gegen die Kriminalität müsse darum nicht die Frage des Einsatzes der Armee im Vordergrund stehen. Zentral sei vielmehr die notwendige Reform des Justizapparats, danach eine Professionalisierung der Polizei.

Keine Angst vor Tabus

Quadri spricht sich für konsequente marktwirtschaftliche Reformen unter sozialen und ökologischen Kriterien aus. Dabei geht er auch Tabuthemen an. Beispielsweise will er den Ölmonopolisten Pemex, den grössten Arbeitgeber und Hauptverantwortlichen für Mexikos schlechtes Abschneiden im internationalen Korruptionsindex, privatisieren. Angehen will Quadri auch die in Mexikos Politik ausufernde Neigung zu Subventionen. Als Beispiel nennt er die völlig unsinnigen Subventionen fossiler Energieträger, die mittlerweile das gesamte Bildungsbudget übersteigen. Stattdessen fordert er gezielte Investitionen in Zukunftssektoren wie etwa den Aufbau einer eigenen Industrie für alternative Energien.

Quadri spricht das wachsende Segment der Nichtwähler und Politikverdrossenen an und punktet insbesondere beim Technologie-affinen Bildungsbürgertum. Beschädigt wird seine Glaubwürdigkeit jedoch durch seine eigene Partei, Nueva Alianza. Ursprünglich als liberale Bewegung gegründet, steht sie mittlerweile unter Kontrolle der ebenso mächtigen wie korrupten Lehrergewerkschaft, die Reformen im rückständigen mexikanischen Bildungswesen verhindert. Auf wenig Sympathie stösst Quadri zudem bei denjenigen Wählern, die sich vom fürsorglichen Staat die Lösung sämtlicher Probleme erhoffen. Und diese scheinen im obrigkeitstaatlich geprägten Mexiko immer noch die Mehrheit zu sein.